Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 6/3914
25.03.2015

Alternativantrag zum Antrag nach § 37 GO.LT

Fraktionen CDU und SPD

Solidarisch und entschlossen gegen Rassismus

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 6/3901**

Der Landtag wolle beschließen:

Verbesserter Schutz für ehrenamtlich Tätige

1. Der Landtag verurteilt jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus und setzt sich für Weltoffenheit und Toleranz ein. Der Landtag bekennt sich zu seiner Aufgabe, demokratiefeindlichen Aktivitäten entschlossen entgegenzutreten.

2. Der Landtag dankt allen engagierten ehrenamtlich Tätigen, die sich für eine Willkommenskultur für Asylsuchende und Flüchtlinge einsetzen. Die rechtzeitige Information und Aufklärung der einheimischen Bevölkerung über die Unterbringung von Asylsuchenden und Flüchtlingen und die interkulturelle Begegnung mit Asylsuchenden und Flüchtlingen sind wesentlicher Bestandteil einer lokalen Willkommenskultur.

3. Das Ministerium für Inneres und Sport wird gebeten, im Ausschuss für Inneres und Sport über den Inhalt des Erlasses zum Schutz ehrenamtlich Tätiger vom 12. März 2015 als Handlungsempfehlung für die Versammlungsbehörden zu berichten.

4. Der länderübergreifende Informations- und Erfahrungsaustausch der mitteldeutschen Verfassungsschutzbehörden, des Bundesamtes für Verfassungsschutz und der Länderpolizeien zum rechtsextremistischen Personenpotential im Dreiländereck zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie zu deren länderübergreifenden Agieren soll fortgeführt werden.

5. Der Landtag hält es zur weiteren Unterstützung der mit Versammlungen und Veranstaltungen befassten Behörden für erforderlich, Kommunen im Bedarfsfall noch enger fachaufsichtlich zu begleiten und in Einzelfällen von aufsichtsrechtlichen Möglichkeiten durch das Landesverwaltungsamt Gebrauch zu machen. Der

(Ausgegeben am 25.03.2015)

Landtag geht weiterhin davon aus, dass von allen rechtlichen Möglichkeiten zur Durchsetzung von Verfügungen bis hin zum Abbruch von Versammlungen und Veranstaltungen nach Vorliegen entsprechender Voraussetzungen Gebrauch gemacht wird. Der Landtag unterstützt daher, die Durchführung von Regionalkonferenzen, die Vertreter des Landesverwaltungsamtes, der Landkreise und kreisfreien Städte, Polizei und Justiz zusammenbringen sollen, um durch einen weiter intensivierten Austausch eine noch stärkere Sensibilisierung der zuständigen Behörden und deren Mitarbeiter für eine Bekämpfung des Rechtsextremismus zu erreichen.

6. Zur Bewältigung des zu erwartenden Anstiegs der Zahl von Asylsuchenden und Flüchtlingen sollen zeitnah und fortlaufend die Aufnahmekommunen seitens des Landes informiert und Probleme erörtert werden.

Begründung

Unsere Demokratie lebt von der Achtung der Menschenwürde und dem Respekt sowie der Wertschätzung für die Vielfalt der Kulturen. Das Engagement ehrenamtlich Tätiger ist für die Gestaltung einer aktiven Willkommenskultur essentieller Bestandteil.

Die Unterbringung und Integration von Asylsuchenden und Flüchtlingen ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen. Daher bedarf es einer engen Zusammenarbeit aller behördlichen Ebenen. Das Land wird die Kommunen daher mit allen ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten unterstützen.

Nach den aktuellen Ereignissen in Tröglitz hat das Ministerium für Inneres und Sport umgehend reagiert. Neben einer Arbeitstagung der Sicherheitsbehörden zur länderübergreifenden Sicherheitsanalyse im Dreiländereck hat das Ministerium für Inneres und Sport umgehend einen Erlass zum Schutz von ehrenamtlich Tätigen vorgelegt. Ziel des Erlasses ist es, beispielsweise wiederholt gezielte Einwirkungen auf die Willensentschließungsfreiheit von ehrenamtlich Tätigen und die wiederkehrende physische Präsenz der Versammlungsteilnehmer unmittelbar vor einem Wohnhaus zur Willensbeugung möglichst rechtssicher auszuschließen. Erreicht werden kann dies insbesondere durch Auflagen oder Beschränkungen, wie beispielsweise durch Abstandsgebote zu Privatwohnungen. Der Erlass wird für rechtssichere Entscheidungen eine Handlungshilfe sein.

André Schröder
Fraktionsvorsitzender CDU

Katrin Budde
Fraktionsvorsitzende SPD